

Fritz Schebeck<sup>1)</sup>

# Exporte stützen Wachstum — Budgetkonsolidierung schwächt Inlandsnachfrage

Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 1999

**E**U-Beitritt und Budgetkonsolidierung beeinflussen die Wirtschaftsentwicklung in Österreich bis zur Jahrtausendwende maßgeblich. Die EU-Mitgliedschaft wird auch auf längere Sicht weitreichende Folgen für Wirtschaft, Gesellschaft und Politik in Österreich haben. Sie eröffnet Mitgestaltungsmöglichkeiten in den Organen und Gremien der Union<sup>1)</sup>. Anpassungs- und Lernprozesse werden Anstrengungen kosten und fallweise auch schwierig sein. Für Österreich sind die fortschreitende Öffnung gegenüber Ost-Mitteuropa und eine stufenweise Ost-Erweiterung der EU von besonderer Bedeutung.

Seit 1. Jänner 1995 nimmt Österreich voll an der Integration und Weiterentwicklung der Europäischen Union teil. Am 1. Jänner 1995 hat es sich dem Europäischen Währungssystem (EWS) angeschlossen und ist seit 9. Jänner in dessen

## EU-Beitritt und Budgetkonsolidierung

Wechselkurs- und Interventionsmechanismus eingebunden. Die Ergebnisse der Uruguay-Runde werden nun im Rahmen der neu geschaffenen Welthandelsorganisation (WTO) für Österreich als EU-Mitglied wirksam.

Aus der EU-Mitgliedschaft erwachsen dem Staat Netto-Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem EU-Haushalt

**Unter Berücksichtigung der Konsequenzen des EU-Beitritts und der voraussichtlichen Auswirkungen der geplanten Budgetkonsolidierung dürfte die österreichische Wirtschaft von 1994 bis 1999 im Durchschnitt um 2,4% pro Jahr wachsen. Wichtige Wachstumsstütze sind die Exporte. Die Sparmaßnahmen zur Budgetsanierung schwächen die Einkommen der privaten Haushalte und die Konsumnachfrage. Kräftige Produktivitätsverbesserungen beschränken die Ausweitung der Beschäftigung. Die Zahl der unselbständig Beschäftigten nimmt um 0,6% pro Jahr zu, und die Arbeitslosenquote beträgt mit geringen Schwankungen im Durchschnitt 6,6%. Löhne und Preise steigen nur mäßig, die Inflationsrate könnte von 2,7% auf knapp unter 2½% zurückgehen.**

Darüber hinaus belasten Aufstokkungen von EU-Fördergeldern sowie Zuwendungen an Landwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie zur Abfederung der Anpassungsverluste den Staatshaushalt<sup>2)</sup>. Dieser wies bereits infolge der Wirkung automatischer Stabilisatoren in der Rezession namhafte Nettoabgänge aus.

Das Ausmaß der sich abzeichnenden Defizitauseitung zwingt zur Sanierung des Budgets — dies nicht nur aufgrund internationaler Verpflichtungen (Vertrag von Maastricht), sondern auch im unmittelbaren nationalen Interesse. Es gilt, einerseits die Hartwährungspolitik auch von der budgetären Flanke abzusichern und andererseits wieder Spielraum für die Konjunkturpolitik

zu gewinnen. Die Bundesregierung hat daher ein Konsolidierungsprogramm für vier Jahre zusammengestellt<sup>3)</sup>. Es wird nach dem Beschluß des Bundesfinanzgesetzes 1995 zu laufen beginnen.

Das WIFO hat in den letzten Monaten die Auswirkungen des EU-Beitritts, des Abschlusses der Uruguay-Runde und der geplanten Budgetkonsolidierung nicht nur qualitativ, sondern auch gestützt auf Modellsimulationen quantitativ bewertet.

Die *EU-Mitgliedschaft* bringt, verglichen mit einem (fiktiven) Verbleib im EWR als EFTA-Mitglied (Basislösung), folgende Effekte (*Breuss — Kratena — Schebeck, 1994*):

<sup>1)</sup> Die Aufbereitung der statistischen Daten betreute Martha Steiner.

<sup>2)</sup> Das *Weißbuch der Bundesregierung* (1994) gliedert die Mitarbeit in den Organen und Gremien der EU in sieben Dimensionen (wirtschaftspolitische, agrarpolitische, sozialpolitische, ökologische und gesundheitspolitische, forschungs-, bildungs- und kulturpolitische, außen- und sicherheitspolitische, demokratiepolitische Dimension).

<sup>3)</sup> Alle Aussagen, die den öffentlichen Haushalt und das Budget betreffen, beziehen sich hier auf den Gesamtstaat im Sinne der VGR, d. h. auf Bund, Länder, Gemeinden, Kammern und Sozialversicherungsträger.

<sup>4)</sup> Darüber hinausgehende wirtschaftspolitische Absichtserklärungen der Bundesregierung bzw. Koalitionsparteien reichen weiter in die Zukunft (*Kramer, 1995*).

- 1 Zusätzliche Integrationseffekte (Zollsenkung durch Eintritt in die EU-Zollunion, Abbau von Handelskosten, verbesserte Einschätzung des Standortes Österreich, verstärkter Wettbewerb).
- 2 Die Anpassung der österreichischen Landwirtschaft an die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU senkt die

**Die Leistungsbilanz tendiert nach anfänglich hohen Defiziten zum Ausgleich. Der Wegfall transitorischer Belastungen durch den EU-Beitritt und die Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung dürften den Finanzierungssaldo des Staatshaushalts (Net Lending) von 4,6% auf 2,4% des Brutto-Inlandsproduktes senken.**

Preise von Agrarprodukten und Nahrungsmitteln, sie reduziert gleichzeitig die Einkommen der Bauern und der Nahrungsmittelindustrie erheblich

- 3 Aus den Zahlungsverpflichtungen aufgrund der EU-Mitgliedschaft und der zum Teil temporären Kompensation der Einkommensverluste von Bauern und Nahrungsmittelindustrie resultieren beträchtliche Budgetbelastungen

Diese Effekte bewirken im Laufe von sechs Jahren eine Erhöhung des realen Brutto-Inlandsproduktes um 2,8% und der Zahl der unselbständig Beschäftigten um 1,3%; das Niveau der Konsumgüterpreise sinkt um 3,3% (jeweils gegenüber der Basislösung) Das Defizit des Staatshaushalts (Net Lending) steigt 1995 um 1½% des BIP und ist im Jahr 2000 um 0,9 Prozentpunkte höher als im Vergleichszenario Der Leistungsbilanzsaldo verschlechtert sich 1995 um 0,9% bzw im Jahr 2000 um 1,7% des BIP

Der *Abschluß der Uruguay-Runde (Breuss — Kratena — Schebeck, 1995)* wird Österreich in den nächsten Jahren jährlich Verluste an Zolleinnahmen bis zu rund 2 Mrd. S bringen. Die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen stimuliert Welthandel und -produktion — je nach Region vermutlich in unterschiedlicher Weise Das Abkommen über die Landwirtschaft (Verringerung der Produktionsstützungen und der Exportsubventionen, erleichterter Marktzutritt) dämpft hingegen Produktion und Wohlfahrt.

In Österreich wirkt die Umsetzung der Schlußakte der Uruguay-Runde auf das reale BIP voraussichtlich positiv (+1% bis zum Jahr 2000) Preisaufrtrieb, Staatshaushalt und Leistungsbilanz würden dadurch eher entlastet.

Eine erste makroökonomische Analyse des von der Regierung konzipierten *Budgetkonsolidierungsplanes* („Sparpaket“) hat gezeigt, daß ein ausgabenseitiges Einsparungsvolumen von 120 Mrd. S, verteilt auf vier Jahre, folgende Auswirkungen erwarten läßt (*Breuss — Guger — Lehner, 1995*):

Nach vier Jahren wäre der Finanzierungssaldo des Staates (Net Lending) um 1,3% des BIP niedriger; damit machte die Defizitquote deutlich weniger als 3% des BIP aus und genügte dem entsprechenden Maastricht-Konvergenzkriterium Das reale BIP würde in den Jahren 1995 bis

## Brutto-Inlandsprodukt

Übersicht 1

	Ø 1973/1980	Ø 1980/1985	Ø 1985/1994	Ø 1994/1999
	Jährliche Veränderung in % real			
Österreich	+2,9	+1,3	+2,5	+2,4
OECD insgesamt	+2,4	+2,5	+2,4	+2,4
OECD-Europa	+2,3	+1,6	+2,3	+2,2
EG	+2,3	+1,6	+2,3	+2,2
Deutschland				+2,8
Westdeutschland	+2,2	+1,1	+2,7	+2,3

1998 um rund 0,2 Prozentpunkte pro Jahr (kumuliert um 0,7 Prozentpunkte) langsamer wachsen; insbesondere reagiert der private Konsum auf die Einbußen an verfügbarem Einkommen (—0,5 Prozentpunkte real pro Jahr) Das Leistungsbilanzdefizit wäre 1998 um 0,8% des BIP geringer

Die Substitution von Ausgabenkürzungen durch Erhöhung der Mineralölsteuer im Sparprogramm ließe bei voller Überwälzung die Inflationsrate (Deflator des privaten Konsums) 1995 um etwa ½ Prozentpunkt und 1996 um 0,2 Prozentpunkte steigen Die Senkung des Investitionsfreibetrags für Anlagen von 15% auf 9% und für Kraftfahrzeuge von 10% auf 6% dürfte Mehreinnahmen an direkten Steuern von 3,8 Mrd. S bringen. Dieser Schritt könnte geringfügig nachteilige Auswirkungen auf die Investitionen haben. Nach dem Beschluß des Bundesfinanzgesetzes beabsichtigt das WIFO, die Auswirkungen der Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung erneut zu analysieren

Die vorliegende *Vorschau*<sup>4)</sup> auf die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft wurde mit Hilfe des WIFO-Makromodells erstellt. Sie stützt sich auf die mittelfristige Prognose der Weltwirtschaft bis 1999 (*Schulmeister*, in diesem Heft) und berücksichtigt im großen und ganzen die oben beschriebenen Effekte der EU-Mitgliedschaft und Uruguay-Runde sowie des Konzepts zur Budgetkonsolidierung (Stand Anfang März 1995).

## Zusammenfassung der Hauptergebnisse

Unter Berücksichtigung der Konsequenzen des EU-Beitritts und der voraussichtlichen Auswirkungen der geplanten Budgetkonsolidierung dürfte die Wirtschaft von 1994 bis 1999 im Mittel um 2,4% pro Jahr wachsen. Gegenüber dem Durchschnitt der EU-Länder (+2,2%) würde dies einen leichten Wachstumsvorsprung bedeuten, der allerdings erst mit dem Auslaufen des Budgetkonsolidierungsprogramms zu Ende der Prognoseperiode zustande käme

Wichtige Wachstumsstütze sind die Exporte Die Sparmaßnahmen zur Budgetsanierung schwächen die Einkommen der privaten Haushalte und die Konsumnachfrage Kräftige Produktivitätsverbesserungen beschränken die Ausweitung der Beschäftigung Die Zahl der unselbständig Beschäftigten nimmt um 0,6% pro Jahr zu, und die Arbeitslosenquote beträgt mit geringen Schwankungen im

<sup>4)</sup> Es ist dies das Szenario einer wahrscheinlichen Entwicklung der österreichischen Wirtschaft unter bestimmten Vorgaben für die außenwirtschaftlichen Bestimmungsgründe, die Wirkungen des EU-Beitritts die Maßnahmen der Wirtschaftspolitik und die Anpassungsreaktionen der Wirtschaftssubjekte (Unternehmen und private Haushalte)

Durchschnitt 6,6% der unselbständig Erwerbstätigen Löhne und Preise steigen nur mäßig die Inflationsrate könnte im Prognosezeitraum von 2,7% auf knapp unter 2½% zurückgehen. Nach anfänglich hohen Defiziten tendiert die Leistungsbilanz zum Ausgleich. Der Wegfall transitorischer Belastungen durch den EU-Beitritt und die Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung dürften den Finanzierungssaldo des Staatshaushalts (Net Lending) von 4,6% auf 2,4% des Brutto-Inlandsproduktes senken.

## Wirtschaftspolitik und öffentlicher Sektor

Die Prognose der Einnahmen- und Ausgabenpositionen des *Staatskontos* stellt die Konsequenzen aus dem EU-Beitritt (*Breuss — Kratena — Schebeck, 1994*) und das

### Fiskalpolitik

derzeit vorliegende Konzept zur Budgetkonsolidierung in Rechnung

Im öffentlichen Dienst bleibt — ausgehend von der letzten Gehaltsrunde, die für 15 Monate abgeschlossen wurde — die Steigerung der Einkommen je Beschäftigten zunächst hinter jener der Pro-Kopf-Löhne in der Privatwirtschaft zurück und nähert sich ihr erst im weiteren Verlauf an. Der Zuwachs der Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst insgesamt (einschließlich Unterricht, Kultur und Gesundheitswesen) dürfte nur langsam zu bremsen sein (1994/1999 +1,6% pro Jahr), sodaß die öffentliche Lohnsumme im Prognosezeitraum im Durchschnitt jährlich um 5,4% steigt. Unter Berücksichtigung der erhöhten Pensionsbeiträge der Beamten und des etwas verlangsamten Wachstums der Ausgaben für Sachgüter wird mit einer Ausweitung des nominellen öffentlichen Konsums um durchschnittlich 4,8% pro Jahr gerechnet. Die Investitionen des Staates dürften nominell um nur 3% (real um etwas mehr als ½%) wachsen. Infolge des EU-Beitritts erhöhen sich ab 1995 die Netto-Transferströme an das Ausland (*Breuss — Kratena — Schebeck, 1994, S. S25, Übersicht 2*). Die deutliche Ausweitung der Subventionen im Jahr 1995 infolge des EU-Beitritts ist nur vorübergehend. In den laufenden Transferzahlungen sind Kürzungen der Leistungen an Familien, an Arbeitslose und an Pflegegeldbezieher berücksichtigt. Insgesamt dürften die Transferleistungen im Durchschnitt um knapp 4½% pro Jahr steigen. Mit der wachsenden Staatsschuld nimmt auch die Zinsbelastung 1995 zunächst deutlich und in den folgenden Jahren mit abnehmender Rate zu.

Auf der *Einnahmenseite* sind die Erhöhung der Mineralölsteuer (1995 4,7 Mrd. S, in den folgenden Jahren 7 Mrd. S) und ein zusätzliches Aufkommen an Körperschaft- und Einkommensteuer von insgesamt 3,8 Mrd. S pro Jahr aufgrund der Senkung des Investitionsfreibetrags berücksichtigt. Die gesamten Einnahmen aus direkten Steuern und Abgaben dürften im Durchschnitt um 8,1% und das Aufkommen an indirekten Steuern um fast 5% pro Jahr

wachsen. An Sozialversicherungsbeiträgen werden jährlich um 4¼% mehr eingezahlt.

Gemäß der Modellrechnung steigt der Finanzierungssaldo des Staates (Net Lending) 1995 deutlich auf rund 110 Mrd. S oder 4,6% des BIP (1994 4,3%). Vor allem durch den Wegfall der transitorischen Aufwendungen im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt sinkt die Defizitquote 1996 auf 3,6% und geht bis 1999 auf 2,4% zurück. Mit einer Quote von 2,6% wäre 1998 das Maastricht-Kriterium erfüllt. Unter Einbeziehung von erwarteten Privatisierungserlösen (1995 13 Mrd. S, 1996 10 Mrd. S) steigt die mit den Finanzierungssalden fortgeschriebene Staatsschuld im Verhältnis zum BIP 1995 noch leicht auf fast 65%. Bis 1999 dürfte die Staatsschuldenquote lediglich auf 63,9% sinken und damit das Maastricht-Kriterium von 60% verfehlen.

Zentral wird für die Fiskalpolitik in den kommenden Jahren die glaubhafte Umsetzung eines Konsolidierungsprogramms sein. Die Ausgestaltung der Maßnahmen sollte auf einer Strukturanalyse des Staatshaushaltes fußen, sozial ausgewogen und wohlfahrtsoptimierend sein; auf international relevante Fundamentaldaten wäre Bedacht zu nehmen. Einnahmenseitige Maßnahmen (Erhöhung von Steuern, Abgaben, Gebühren) müßten auf ihre Preiseffekte geprüft werden.

### Währungspolitik

Voraussetzung für die Kontinuität der Hartwährungspolitik Österreichs — nunmehr als Teilnehmer im EWS — und eine Zinsentwicklung im Gleichklang mit den preisstabilsten Ländern der EU ist eine erfolgreiche Budgetkonsolidierung und Inflationsdisziplin. Nachhaltige Abweichungen der Fundamentaldaten könnten widrige Reaktionen der sensiblen und volatilen Finanzmärkte provozieren. Voraussichtlich wird die WWU mit einheitlicher Währung und Europäischer Zentralbank nicht vor 1999 in Kraft treten.

## Exporte stützen Wachstum

Die Konjunktur hat in Europa an Schwung und Stabilität gewonnen und dürfte im weiteren spannungsfrei verlaufen, zumal keine Beschränkungen durch die Produktionskapazitäten erkennbar sind. Erst gegen Ende des Prognosezeitraums wird mit einer deutlichen Wachstumsabschwächung gerechnet. Österreichs Exporte könnten wieder mehr von der deutschen Nachfrage profitieren, die nach Überwindung des Wiedervereinigungsschocks an Dynamik gewinnt. Die erwartete Entwicklung der Arbeitskosten und der Wechselkurse gewährleistet, daß Österreichs Exporteure im Durchschnitt im Preiswettbewerb bestehen und ihre Marktanteile annähernd halten.

Die Importe der Oststaaten, namentlich Ost-Mitteuropas, werden kräftig steigen und weiter gute Absatzmöglichkeiten bieten. Der Wettbewerb auf diesen Märkten wird jedoch schärfer, und es ist mit Marktanteilsverlusten zu rechnen.

Unter diesen Annahmen erhöhen sich die realen *Warenexporte* bis 1999 im Durchschnitt um rund 6% pro Jahr und stützen das Wachstum erheblich. Die *Warenimporte* wach-

Leistungsbilanz

Übersicht 2

	Ø 1973/1980	Ø 1980/1985	Ø 1985/1994	Ø 1994/1999
	Jährliche Veränderung in %			
Warenexporte <sup>1)</sup>				
Real	+ 8,0	+ 6,5	+ 4,5	+ 6,1
Nominell	+12,1	+ 9,4	+ 4,0	+ 8,2
Deviseneingänge				
Reiseverkehr				
Real	+ 1,2	- 0,3	+ 2,8	+ 2,0
Nominell	+ 8,5	+ 4,7	+ 5,8	+ 4,7
Warenimporte <sup>1)</sup>				
Real	+ 5,5	+ 2,9	+ 4,9	+ 5,2
Nominell	+12,6	+ 6,4	+ 4,0	+ 7,1
Devisenausgänge				
Reiseverkehr				
Real	+ 7,2	+ 2,5	+ 5,2	+ 3,2
Nominell	+12,6	+ 7,1	+ 7,3	+ 5,0
Handelsbilanz <sup>1)</sup>				
Mrd S	-57,6	-74,8	-89,7	-111,1
In % des BIP	- 7,1	- 6,3	- 5,0	- 4,2
Leistungsbilanz				
Mrd S	-13,3	- 2,3	- 2,1	- 9,6
In % des BIP	- 1,6	- 0,2	- 0,1	- 0,4

<sup>1)</sup> Laut Außenhandelsstatistik

sen nicht so rasch, weil infolge der Budgetkonsolidierung sowohl die private als auch die öffentliche Nachfrage langsamer expandieren

Die *Außenhandelspreise* dürften sich ruhig entwickeln, mit einer Steigerung von etwa 2% pro Jahr. Der Anstieg der Rohwarenpreise wird 1996 den Höhepunkt überschreiten und der Erdölpreis nur wenig anziehen. Im Prognosezeitraum verbessern sich die Terms of Trade leicht

Langsame Verbesserung der Reiseverkehrsbilanz

Der dramatische Einbruch in der *Reiseverkehrsbilanz* im Jahr 1994 wird nur langsam überwunden. 1996 dürfte sich der Saldo wieder verbessern und vermutlich erst 1999 wieder das Niveau von 1992 erreichen. Wechselkursbedingte Veränderungen der relativen Preise, die starke Abhängigkeit des Sektors von Gästen aus Deutschland, billige und attraktive Fernreiseangebote, aber auch Strukturschwächen der heimischen Tourismuswirtschaft sind Ursachen des Rückschlags.

Ab 1996 dürfte sich der reale Anstieg der Einnahmen aus dem Ausländerreiseverkehr dem Wachstum der Realein-

kommen in den Herkunftsländern und damit einem mittelfristig erwarteten Wachstumstrend annähern. Österreich wird auf dem internationalen Tourismusmarkt Anteile verlieren (zu den künftigen Entwicklungstrends im Tourismus siehe *Smeral*, 1994 Kapitel 5). Die Reiseverkehrausgaben der Österreicher im Ausland wachsen künftig mit geringeren Raten als 1994 und 1995. Infolge der Sparmaßnahmen der Bundesregierung geben die privaten Haushalte weniger für Reisen aus, die Verbilligungen werden abklingen.

Nach der Aufblähung des *Leistungsbilanzdefizits* in den Jahren 1994 und 1995 — maßgebend dafür sind die Verschlechterung der Reiseverkehrsbilanz, vorgezogene Importe wegen des EU-Beitritts und der Beginn der Transfers an den EU-Haushalt — begünstigt die Konsolidierung des Staatshaushaltes den Abbau der Ausgabenüberschüsse. Ausgehend von einer Defizitquote von rund 1% im Jahr 1995 strebt die Leistungsbilanz im Laufe der nächsten Jahre zum Gleichgewicht.

Budgetkonsolidierung dämpft privaten Konsum

Die Budgetkonsolidierung wird sich vor allem in den verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte und damit in ihrer Nachfrage nach *Konsumgütern und Dienstleistungen* niederschlagen. Im Rahmen dieser Prognose ist es nicht möglich, die Betroffenheit der Haushalte nach der Höhe des Haushaltseinkommens und der entsprechenden Konsumneigung zu ermitteln. Die Einschätzung des privaten Konsums, die sich auf eine gesamtwirtschaftliche Konsumfunktion mit Fehlerkorrekturmechanismus stützt, könnte daher verzerrt sein. Wenn Bezieher niedriger Einkommen mit hoher Konsumneigung überdurchschnittlich von den Einsparungsmaßnahmen betroffen sein werden, wird der private Konsum in dieser Prognose zu hoch ausgewiesen.

Die verfügbaren Nettoeinkommen der privaten Haushalte nehmen bis 1999 real durchschnittlich um 1,6% zu. Der private Konsum expandiert hingegen etwas rascher, sodass die Sparquote bis 1999 um 1,3 Prozentpunkte auf 11½% zurückgeht.

Mit dem Konjunkturaufschwung verstärkt sich die *Investitionstätigkeit* (vor allem Ausrüstungen). Der EU-Beitritt

Komponenten der realen Nachfrage

Übersicht 3

	Ø 1973/1980	Ø 1980/1985	Ø 1985/1994	Ø 1994/1999
	Jährliche Veränderung in %			
Privater Konsum	+2,9	+1,7	+2,6	+1,8
Öffentlicher Konsum	+3,7	+1,8	+1,8	+1,5
Brutto-Anlageinvestitionen	+1,4	-0,7	+3,9	+3,8
„Privater“ Sektor	+1,6	-0,7	+4,4	+4,2
Inländische Endnachfrage	+2,7	+1,1	+2,7	+2,3
Lagerveränderung und Statistische Differenz				
Mrd S	10,6	5,0	11,1	18,4
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen	+2,8	+0,8	+2,8	+2,2
Exporte i. w. S.	+6,7	+4,7	+4,2	+5,4
Importe i. w. S.	+6,0	+3,4	+4,8	+5,0
Brutto-Inlandsprodukt	+2,9	+1,3	+2,5	+2,4
Nominell	+9,0	+6,3	+5,8	+5,2

Arbeitsmarkt, Einkommen

Übersicht 4

	Ø 1973/1980	Ø 1980/1985	Ø 1985/1994	Ø 1994/1999
	Jährliche Veränderung in %			
Unselbständig Beschäftigte	+ 11	- 01	+ 12	+ 06
Ohne Präsenzdienler und Bezieher von Karenzurlaubsgeld	+ 10	- 02	+ 10	+ 06
„Privater“ Sektor	+ 05	- 08	+ 06	+ 03
Arbeitslose	+ 78	+21,3	+ 50	+ 17
Arbeitslosenquote in %	14	40	57	66
Arbeitsproduktivität <sup>1)</sup>	+ 19	+ 15	+ 15	+ 17
„Privater“ Sektor	+ 23	+ 21	+ 20	+ 22
Lohn- und Gehaltssumme <sup>2)</sup>	+ 100	+ 52	+ 56	+ 48
Je Beschäftigten	+ 89	+ 54	+ 45	+ 41
Öffentlicher Sektor	+ 79	+ 49	+ 36	+ 37
„Privater“ Sektor	+ 91	+ 56	+ 49	+ 43
Lohnstückkosten im „privaten“ Sektor	+ 74	+ 38	+ 29	+ 21
Unternehmereinkommen und unverteilte Gewinne	+ 79	+ 78	+ 67	+ 57
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+ 100	+ 65	+ 58	+ 42
Sparquote in %	99	86	124	121

<sup>1)</sup> Produktion je unselbständig Beschäftigten (ohne Präsenzdienler und Bezieher von Karenzurlaubsgeld) – <sup>2)</sup> Brutto ohne Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung

bringt dem Standort Österreich einen höheren Stellenwert; dies sollte per Saldo mehr grenzüberschreitende Investitionsströme nach Österreich lenken. Der Anpassungsprozeß, den Westintegration und Ostöffnung erfordern, stimuliert Rationalisierungs- und Modernisierungsinvestitionen, kapazitätserweiternde Investitionen spielen eine geringere Rolle.

Aufschwung voll zum Tragen kommen. Die Produktivität je unselbständig Beschäftigten nimmt 1995 und 1996 kräftig zu, verliert jedoch mit der Abschwächung des Wachstums gleichfalls an Dynamik. Im Durchschnitt der Jahre 1995 bis 1999 wird die Arbeitskraft pro Jahr um 1,7% produktiver (1985/1994 + 1,5%).

Diese Entwicklung impliziert, daß bei einem jährlichen Wirtschaftswachstum von 2,4% im Durchschnitt des Prognosezeitraums die Zahl der *unselbständig Beschäftigten* um nur 0,6% pro Jahr zunimmt. Im öffentlichen Sektor wächst die Beschäftigung mit +1,6% weit über dem Durchschnitt. Der private Sektor stellt nur wenige zusätzliche Arbeitskräfte (+0,3% pro Jahr). Beschäftigungszuwächse sind im Dienstleistungsbereich zu erwarten, die Industrie dürfte ihren Beschäftigtenstand eher einschränken.

Die Zahl der selbständig Erwerbstätigen schrumpft — nicht zuletzt infolge des anhaltend starken Rückgangs in der Landwirtschaft — mit einer durchschnittlichen Jahresrate von 1,9%.

Unter der Annahme eines kontrollierten Zugangs von ausländischen Arbeitskräften und steigender inländischer Erwerbsbeteiligung wächst das Angebot an unselbständigen Erwerbspersonen im Prognosezeitraum um 0,7%. Die *Arbeitslosenquote* (nach konventioneller Berechnung) verharrt bis 1997 bei etwa 6½% und steigt dann bis 1999 voraussichtlich auf 6,9%. Dies deutet auf die Fortsetzung einer seit den achtziger Jahren beobachteten Entwicklung hin: Im Konjunkturaufschwung gelingt es nicht, die Arbeitslosigkeit signifikant zu senken, sodaß sie in der nächsten Rezession das Niveau des letzten Tiefs übertrifft.

Bauinvestitionen wachsen langsamer

Der Anstieg der Investitionen in *Bauten* wird sich gegenüber den vorangegangenen Jahren verlangsamen und unterdurchschnittlich bleiben. Während die Nachfrage nach Wohnungsneubauten sowie Renovierung und Modernisierung noch lebhaft ist, erholt sich der Wirtschaftsbau nur schwach. Den öffentlichen Hochbau und den Tiefbau werden die Budgetsparmaßnahmen fühlbar treffen; zunächst sind Produktionsrückgänge zu erwarten.

Die realen Brutto-Anlageinvestitionen wachsen bis 1999 im Durchschnitt um 3,8% pro Jahr, etwa gleich stark wie in der Periode 1985/1994.

Die nachfragebestimmte Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Produktion wird nicht so stark sein, daß sie die Kapazitäten voll beanspruchen würde. Das Wachstum des realen Brutto-Inlandsproduktes entwickelt sich weitgehend im Einklang mit der EU. Es schwächt sich von 3% im Jahre 1995 auf rund 1½% im Jahre 1999 ab und beträgt im Durchschnitt 2,4% pro Jahr (gegenüber +2,5% zwischen 1985 und 1994). Das Potentialprodukt dürfte in der gleichen Zeit im Durchschnitt etwas rascher expandieren.

Produktivitätsverbesserungen begrenzen Ausweitung der Beschäftigung

Mäßige Lohn- und Preissteigerungen

Durch Rationalisierungsmaßnahmen während der Rezession wurden Produktivitätsreserven geschaffen, die im

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt und der Wettbewerbsdruck werden es nicht erlauben, den Zuwachs an Arbeitsproduktivität in den *Reallöhnen* voll abzugelten. Reallohn- und Produktivitätsentwicklung klaffen vor allem in den Jah-

**Deflatoren**

**Übersicht 5**

	Ø 1973/1980	Ø 1980/1985	Ø 1985/1994	Ø 1994/1999
	Jährliche Veränderung in %			
Privater Konsum	+6,4	+5,2	+2,6	+2,6
Öffentlicher Konsum	+7,8	+5,5	+4,1	+3,3
Brutto-Anlageinvestitionen	+5,9	+4,3	+2,8	+2,3
Exporte i. w. S.	+4,9	+3,5	+0,6	+2,1
Waren <sup>1)</sup>	+3,7	+2,7	-0,5	+2,0
Reiseverkehr	+7,1	+5,1	+3,0	+2,7
Importe i. w. S.	+6,6	+3,7	-0,1	+1,8
Waren <sup>1)</sup>	+6,7	+3,4	-0,8	+1,8
Reiseverkehr	+5,0	+4,5	+2,1	+1,7
Brutto-Inlandsprodukt	+6,0	+4,9	+3,2	+2,8
Terms of Trade				
Waren und				
Dienstleistungen	-1,5	-0,2	+0,7	+0,3
Warenverkehr <sup>1)</sup>	-2,8	-0,7	+0,3	+0,2

<sup>1)</sup> Laut Außenhandelsstatistik.

ren 1995 und 1996 deutlich auseinander. Im Durchschnitt stehen den Produktivitätsverbesserungen von jährlich 1% Reallohnsteigerungen von 1½% gegenüber (im privaten Sektor +2,2% bzw. +1,7%). Die bereinigte Lohnquote fällt daher bis 1999 um 1,4 Prozentpunkte

Von den Lohnkosten werden also nur geringe Preissteigerungen ausgehen. Überdies müßte neben den Preissenkungen im Nahrungsmittelbereich verstärkter Konkurrenzdruck auf anderen Güter- und Dienstleistungsmärkten ge-

nerell preisdämpfend wirken. Da auch von den Importpreisen nur wenig Inflationsanreiz kommt, wird es möglich sein, den *Preisaufrtrieb* in Grenzen zu halten. Diese Tendenzen werden allerdings vorübergehend durch die Erhöhung der Mineralölsteuer teilweise konterkariert

Vorausgesetzt, daß im Zuge der Budgetkonsolidierung keine weiteren preistreibenden Maßnahmen ergriffen werden, dürfte die Inflationsrate sowohl 1995 als auch 1996 bei 2,7% einzudämmen sein. Danach könnte sie bis 1999 auf weniger als 2½% sinken

**Literaturhinweise**

**Breuss F, Kratena K, Schebeck F** „Effekte eines EU-Beitritts für die Gesamtwirtschaft und für die einzelnen Sektoren“ WIFO-Monatsberichte Sonderheft Mai 1994

**Breuss F, Guger A, Lehner G** „Das Konsolidierungsvorhaben der Bundesregierung — gesamtwirtschaftliche Wirkungen“ WIFO-Monatsberichte 1995 68(1)

**Breuss F, Kratena K, Schebeck F** „Macroeconomic and Sectoral Effects of the Uruguay Round in Austria as an EU Member“ WIFO Working Papers 1995 (72)

**Kramer, H** „Österreichische Wirtschaftspolitik in einer neuen Umgebung“ WIFO-Monatsberichte 1995 68(1)

**Schulmeister, St** „Gleichschrittiges Wachstum in den USA, Japan und Westeuropa. Mittelfristige Prognose der Weltwirtschaft bis 1999“ in diesem Heft

**Smeral E** „Tourismus 2005. Entwicklungsaspekte und Szenarien für die Tourismus- und Freizeitwirtschaft“ Ueberreuter Wien 1994

**Weißbuch der Bundesregierung** Wien 1994

**Exports Support Economic Growth — Budget Consolidation Weakens Domestic Demand**

**Forecasts for the Austrian Economy until 1999 — Summary**

Austria's economy is projected to grow at an annual rate of 2.4 percent on average until the year 1999. This forecast takes account of the consequences of Austria's accession to the EU as well as of the envisaged budget consolidation. The mainstay of economic growth will be merchandise exports; these are likely to be boosted by the expansion of the German economy as well as by the lively import demand in the countries of East-Central Europe. Tourism exports will recover only very slowly from the severe set-back of 1994. Thus, in the current account, balancing forces will gain momentum only after several years of high deficits.

Austerity measures to reduce the federal budget deficit will dampen the growth in household incomes and in consumer demand. Private consumer expenditures will rise faster than disposable income of households, and the savings ratio will decline.

Investment in machinery and equipment will be mainly motivated by the desire to cut costs. Investment in construction is likely to grow at a slower pace than in previous years, with

public works construction suffering the most from budget expenditure cuts.

With employment rising moderately, output per employee will post a solid gain during the recovery. The unemployment rate will therefore decline only marginally in the upswing and will reach 6.6 percent on average (on the conventional definition). Dependent employment will gain 0.6 percent per year over the period 1995 to 1999.

The situation in the labor market and strong competitive pressures suggest that the gain in labor productivity will not fully translate into real wage increases. Neither labor costs nor import prices will fuel inflation. If fiscal consolidation will limit itself to raising the tax on gasoline, the inflation rate of 2.7 percent in 1995 might decline to 2½ percent in 1999.

The termination of transitory burdens occasioned by Austria's accession to the EU and the planned fiscal consolidation measures will reduce government net lending from 4.6 percent of gross domestic product in 1995 to 2.6 percent in 1995.